

Bilanz der Überschwemmungen

Die starken Regenfälle seit Anfang Juli 2000, die den Mekong auf den höchsten Stand seit 40 Jahren trieben, haben nach Angaben des kambodschanischen Komitees für Katastrophenmanagement mindestens 15 Menschenleben gefordert und mehr als sechs Millionen Dollar Schaden angeichtet. Betroffen waren vor allem die Provinzen Kratie, Sung Treng und Kompong Cham. Das Rote Kreuz berichtete von 20 000 Hektar überfluteten Reisanbauflächen und wies vor allem auf die Notwendigkeit humanitärer Hilfe hin, um die Menschen zu unterstützen, die von den flutbedingten Krankheiten wie Malaria und Durchfall heimgesucht werden. Auch die kambodschanische Regierung hat sich schon an die internationale Katastrophenhilfe gewandt, um eventuellen Epidemien nach dem Zurückgehen der Flut vorzubeugen.

vgl. RTS vom 31/7/2000

Falsche Mönche

Die Polizei in Phnom Penh nahm Mitte Juli 2000 mehrere Mitglieder einer Organisation fest, die als Mönche verkleidet Geld sammelten, das angeblich für ihren Lebensunterhalt im Kloster und für soziale Projekte vorgesehen war. Wie sich jedoch herausstellte, wechselten die Männer abends ihre Kleidung und gaben das Geld in den Karaoke-Bars und verschiedenen Bordellen der Stadt aus. Als Chef der Bande wurde eine Frau festgenommen, die ca. 25 Prozent der »Almosen« erhielt.

Geld- oder Sachspenden an Mönche prägen traditionsgemäß das Verhältnis zwischen buddhistischen Laien und dem Klerus. Eine kambodschanische Zeitung führte den Missbrauch u.a. auf den immer noch zerrütteten Zustand des Buddhismus in Kambodscha zurück, der in der Khmer-Rouge-Ära unter schweren Verfolgungen zu leiden hatte und sich seitdem erst wieder langsam festigt.

vgl. RTS vom 18/7/2000

UN-Posten weiterhin unbesetzt

Ende 1999 quittierte der Sondergesandte der UN für Menschenrechtsfragen in Kambodscha Thomas Hammerberg seinen Posten. Seitdem ist die Stelle vakant. Kofi Annan hat zwar eine Liste mit acht potentiellen Kandidaten erstellt, will aber den Posten erst einmal unbesetzt lassen, bis sich die UN mit der Regierung in Phnom Penh definitiv auf die Verfahrensweise im Khmer-Rouge Tribunal geeinigt hat.

Hammerberg war einer der treibenden Kräfte in dem langwierigen Prozess, die UN am Tribunal zu beteiligen und die Verbrechen zwischen 1975 und 1979 vor ein internationales Gericht zu bringen. Sein kompromissloses Eintreten für das Tribunal brachte ihm allerdings nicht immer Lorbeeren bei der UN ein, und die kambodschanische Regierung drohte schon häufiger mit einem totalen Rückzug aus den Verhandlungen. Annan hat die Stelle wohl bewusst unbesetzt gelassen, um die Entscheidungsgewalt im New Yorker

Hauptsitz der UN zu konzentrieren und so eine bessere Kontrolle über die Kompromissfindung zu behalten.

Jedoch könnte diese »Vakuumtaktik« dazu führen, dass der Posten in der Zukunft überhaupt nicht mehr besetzt wird. Verschiedene kritische Stimmen in der UN befürchten, dass die Regierung unter Hun Sen die Gelegenheit nutzen und die Stelle als überflüssig bezeichnen wird, um den ohnehin für sie lästigen Fragen zu Menschenrechtsthemen und anderem zu entgehen. Die UN wird sich erst im April 2001 mit dieser Frage auseinandersetzen, wenn in Genf die Menschenrechtskommission zusammentritt. Es scheint, als könne nur eine starke Lobby von lokalen und internationalen Gruppen den Posten retten. Japan, als größter Investor in Kambodscha und mit einem Kandidaten auf der Liste der potentiellen Nachfolger vertreten, wird hierbei eine gewichtige Rolle zukommen.

vgl. PPP vom 4.-17.8.2000

Letzte Hürde

Nachdem über die Zusammensetzung des Gerichts für das Tribunal gegen die Khmer-Rouge nach langen Verhandlungen schließlich eine Einigung gefunden wurde, und Hans Corell, Chef-Unterhändler der UN, Phnom Penh verlassen konnte, muss das Gesetz jetzt noch von der kambodschanischen Nationalversammlung verabschiedet werden. Corell machte klar, dass es mit der UN wieder zu Auseinandersetzungen kommen würde, wenn der Gesetzentwurf während der Abstimmung in der Nationalversammlung noch einmal modifiziert würde. Problematisch ist hierbei jedoch die Rolle, die den 122 kambodschanischen Abgeordneten zugewiesen werden soll: Die Nationalversammlung ist eine demokratische Institution, von der nicht erwartet werden kann, diese Regelung kommentarlos zu verabschieden. Erschwerend kommt hinzu, dass das politische Klima im Land zwischen zwei

Fronten schwankt, da niemand die direkte Verantwortung für die Durchführung des Tribunals übernehmen will, aber auch keiner den Prozess blockieren möchte.

Premierminister Hun Sen bemerkte bei verschiedenen Anlässen, dass er kein Mitglied der Versammlung zwingen könne, für den Entwurf zu stimmen. Auch der Präsident der Nationalversammlung, Prinz Norodom Ranariddh, teilt die Meinung des Premiers. Der letzte wichtige Schritt zur Vorbereitung des Tribunals ist auch einer der schwierigsten, da die Abgeordneten zwischen den Fronten stehen: Einerseits haben sie das Recht, den Entwurf abzulehnen, um »nationale Interessen« zu wahren, andererseits lastet ein großer internationaler Druck auf ihnen. Das Tribunal entwickelt sich damit auch immer mehr zu einer Zerreißprobe für die Demokratie in Kambodscha.

vgl. BBC Worldnews vom 21/6/2000

nachrichten

Pressefreiheit in der Diskussion

Ein Treffen mit den führenden Zeitungsredakteuren des Landes wurde von Gastgeber Lu Say Sreng, dem kambodschanischen Informationsminister, euphemistisch als »freundliches Gespräch« bezeichnet. Die Vertreter der Presse wiesen jedoch darauf hin, dass es wichtige Gründe für die Unterredung gab, da sich in den letzten Monaten die Diskussionen um die Pressefreiheit in Kambodscha häufen. Auslöser und vorläufiger Höhepunkt war wohl das temporäre Publikationsverbot der lokalen Zeitung *Koh Santipheab* (Insel des Friedens), die einen kritischen Artikel druckte, der kurz vorher in der *South China Morning Post* aus Hongkong abgedruckt worden war. Thema war die Thronnachfolge des kambodschanischen Königs Sihanouk. Gegen die Behauptung, dass einer der potentiellen Nachfolger kein leiblicher Sohn von Sihanouk wäre, setzte sich der König mit einem Publikationsverbot der Zeitung zur Wehr. Außerdem berichtete die *Bangkok Post* Mitte Juli 2000, dass die Tochter des Königs, Ministerin Bopha Devi, möglicherweise in Drogengeschäfte verwickelt sei. Prinzessin Bopha Devi bestritt die Anschuldigungen und behielt sich weitere juristische Schritte vor.

Ou Souvan, Verleger der größten Oppositionszeitung im Land, bezeichnete das Treffen mit dem Minister als eine »weitere Maßnahme, um Journalisten unter Druck zu setzen« und widersprach damit der Aussage Lu Lay Srengs, der angeblich nur über »die Rolle von Journalisten und Verlegern als Helfer der Gesellschaft« diskutieren wollte.

vgl. AP vom 1/8/2000

nachrichten

Freispruch erregt internationales Aufsehen

In einem Prozess über die Entführung und Ermordung von drei Touristen wurde der ehemalige Khmer-Rouge Kommandeur Chouk Rin aufgrund des Amnestiegesetzes für ehemalige KR-Mitglieder von 1994 freigesprochen. Rin und seine Guerillatruppe hatten 1994 in der südlichen Provinz Phnom Vour einen Zug überfallen und 16 Geiseln genommen, zu denen auch die drei Touristen gehörten. Diese wurden sechs Wochen später im Camp der Bande getötet.

In England, Frankreich und Australien, den Herkunftsländern der drei jungen Reisenden, erregte das Urteil Empörung und wurde Gegenstand diplomatischer Gespräche, woraufhin die kambodschanische Regierung einwilligte, das Verfahren wieder aufzurollen und zu überprüfen, ob das Amnestierecht für KR-Mitglieder auch in diesem Fall anwendbar ist. Einer der Anwälte des australischen Opfers David Wilson rief dazu auf, den Fall auf der Basis von Fakten zu beurteilen und sich nicht auf ein kambodschanisches Gesetz zu berufen, dass selbst im eigenen Land noch keine klare Auslegung gefunden hat.

vgl. AP vom 19/7/2000;
RTS vom 21/7/2000

Der Stoff, aus dem keine Träume sind

»Ich verdiene in einem Monat soviel, wie die Leute in anderen Ländern für ein Kleidungsstück bezahlen, dass ich hier produziere.« Dieser prägnante Satz eines Streikteilnehmers in Kambodschas zur Zeit erfolgreichster Exportindustrie, dem Textilgewerbe, beschreibt die Lage der über 100 000 Arbeiter treffend. Schlechte Arbeitsbedingungen und seit Jahren stagnierende Löhne brachten über 20 000 Menschen auf die Straßen Phnom Penhs – die erste und vorerst größte Demonstration für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in Kambodschas jüngerer Generation.

Die Zahlen sprechen für sich: Seit 1995 hat sich der Exportwert in der Textilindustrie von 25 auf über 700 Millionen Dollar erhöht, die Löhne blieben aber auf dem selben Niveau von ca. 40 Dollar pro Monat. Ein 14-Stunden Tag und eine sieben Tage Woche sind wohl eher Regel als Ausnahme.

Kambodscha befindet sich wie viele seiner Nachbarländer

dabei in einer Zwickmühle. Der nadenlose Wettbewerb in der Textilbranche und der Globalisierungsdruck führen dazu, dass die Länder mit den niedrigsten Löhnen, den längsten Arbeitszeiten und den epressivsten Strukturen die Aufträge der großen Hersteller wie Nike, Gap, Fruit of the Loom und Ralph Lauren erhalten. Die vorwiegend amerikanischen Unternehmen behalten dabei offiziell eine weiße Weste, da die Firmen nur Auftragsarbeiten ausführen und meistens von in Kambodscha ansässigen Chinesen geleitet werden. Mitgliedern von Kambodschas Regierungspartei CPP wird nachgesagt, Anteile an den Firmen zu besitzen.

Die Berichte über Arbeitsbedingungen und die Meinungen über einen angemessenen Lohn gehen weit auseinander. Klar ist aber, dass die Forderung der Arbeitnehmer, einen Mindestlohn von 70 Dollar einzuführen, der Industrie das Rückgrat brechen würde. Nach Beendigung des Streiks wurden die Löhne vorerst auf ca.

45 Dollar angehoben. Weiterhin wurde versprochen, die Arbeitsbedingungen strenger zu kontrollieren. Phil Robertson, Chef vom American Center of International Labour Solidarity, bestätigte, dass die Gesetzesgrundlagen in Kambodscha durchaus gut wären, aber die praktische Durchsetzung und bestechliche Beamte die entscheidenden Probleme seien.

Im Nachbarland Vietnam und sogar in China kommt es seit Jahren häufiger zu Streiks in der Textilindustrie. Auch in Kambodscha scheint sich langsam Widerstand zu regen, obwohl dieser eher unorganisiert und spontan auftritt. Inzwischen nahmen die meisten Teilnehmer des Streiks ihre Arbeit wieder auf. Was bleibt, ist hoffentlich nicht nur ein Warnschuss für die Textil-Multis und die Regierung in Phnom Penh, sondern der Beginn einer sich langsam formierenden Gewerkschaftsbewegung.

vgl. AP vom 14/8/00; BBC
Worldnews vom 21/6/2000

Menschenschmuggel und Kinderhandel

In einem der besten westlichen Hotels auf dem Manivong Boulevard in Phnom Penh wurden Mitte August 2000 bei einer Razzia sechs Frauen befreit, die aus Rumänien und Moldawien stammen. Die Prostituierten wurden nach Kambodscha verschleppt und arbeiteten dort unter sklavennähnlichen Verhältnissen. Zu den Kunden sollen u.a. höhere Beamte der Regierung gehört haben. Eine der Frauen war nach Angaben von UN-Menschenrechtsbeobachtern, die an der Aktion teilnahmen, während der Razzia mit einem höheren Angestellten der Tourismusbehörde unterwegs.

Der chinesisch-kanadische Hotelier und Besitzer der betroffenen Anlage, Richard Theung, wurde kurzfristig festgenommen. Seinem aus Singapur stammenden Verwalter droht nun eine Anklage, da er den Frauen bei der Ankunft in

Kambodscha die Pässe abgenommen hat und maßgeblich an dem Geschäft beteiligt war. Marlene Alejos, Chefin der UN-Behörde für Menschenrechtsfragen in Kambodscha, zeigte sich eher skeptisch und will zuerst einmal den Ausgang des Verfahrens abwarten. Sie wies aber ausdrücklich darauf hin, dass die UN nichts versäumen werde, um Druck auf die Regierung zu machen und den Fall aufzuklären.

Auch der Kinderhandel hat in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung im Land zu verzeichnen. Die Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights (LICADHO) fand heraus, dass minderjährige Jungfrauen für ca. 600 Dollar pro Woche angeboten werden. Der Besitzer eines Bordells versicherte zudem, dass es keine Probleme mit der Polizei gäbe, da diese teilweise an den Geschäften

beteiligt wäre. Kek Galabru, der Präsident von LACIDHO, erhärtete diesen Verdacht: »Wir hatten Fälle, in denen Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen den Behörden eindeutige Beweise für Menschenhandel lieferten, aber diese ignorierten die Fälle einfach.« Das Durchschnittsalter von Prostituierten ist in Kambodscha in den letzten Jahren stark gesunken. Einige NGOs schätzen, dass es über 2000 Kinder im Land gibt, die sich prostituieren müssen.

Kritik wurde von der UN vor allem am Innenministerium geäußert, wo bis jetzt keine Maßnahmen zu diesem immer akuter werdenden Problem ergriffen wurden. Dort gibt es noch nicht einmal einen Sachbearbeiter für solche Fälle.

vgl. AFP vom 14/8/00; PPP vom 4.-
17/8/2000